

Das Wochenmagazin der SPÖ



Aktuelle

3. Dezember 2010 • Nr. 41 • 0,73 Euro

„Österreich 2020“ -
Gastkommentar von
Umweltökonomin Angela Köppl



**Sozial. Ausgewogen.
Gerecht. Das Budget 2011**

Die SPÖ-geführte Regierung hat ein Budget vorgelegt, das sich sehen lassen kann. Während ganz Europa mit den Kosten der Krise kämpft und die in anderen Ländern geschnürten Sparpakete krasse Verschlechterungen von Sozialsystemen und Lebensrealitäten bedeuten, hat Bundeskanzler Werner Faymann erreicht, dass der Bundeshaushalt sozial ausgewogen saniert wird. Erstmals gibt es vermögensbezogene Steuern. Es ist der SPÖ gelungen, die Stiftungsbesteuerung, Spekulationssteuern, eine Änderung bei der Konzernbesteuerung und die Bankenabgabe durchzusetzen. Dadurch konnte Geld für Offensivmaßnahmen in Zukunftsbereichen wie Bildung und Forschung frei gemacht werden.

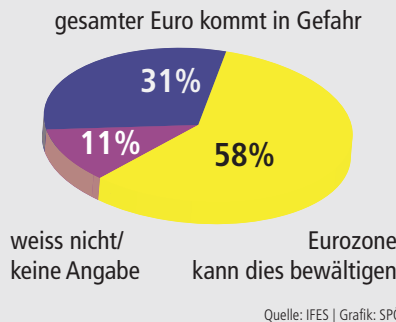
Und auf Initiative des Bundeskanzlers wurde in Gesprächsrunden auf berechnete Kritik eingegangen, um Härtefälle zu vermeiden. Allein im Familienbereich profitieren etwa 120.000 Personen im Vergleich zu den ursprünglich vorgesehenen Maßnahmen. Trotzdem – und das ist der Regierung besonders wichtig – wird der Budgetkurs eingehalten.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Budget	4
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann	5
Erfreuliche Arbeitsmarkt-Daten	7
SPÖ-Präsidium zur Bildungspolitik	8
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Umweltökonomin Angela Köppl	14

Trotz Irland weiterhin großes Vertrauen in Euro



Gemeinsame Währung ist alternativlos

Nach Griechenland ist nun auch Irland in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Trotzdem haben die Österreicher nach wie vor großes Vertrauen in die gemeinsame Währung. 58 Prozent geben an, dass sie überzeugt sind, dass die Eurozone solche Krisen eines Mitgliedslandes bewältigen kann. Die SPÖ steht jedenfalls zum EU-Haftungsschirm. Auch ist Irland der Beweis, dass strenge Gesetze für die Bankenaufsicht und eine neue Finanzmarktarchitektur notwendig sind. ♦

Zitat der Woche

„Die Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern ist wichtig. Es ist der richtige Weg, von jenen mehr Beiträge zu holen, die sich mehr leisten können.“

Bundeskanzler Werner Faymann



SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser hat kein Verständnis für das ÖVP-Nein zur Spitalsreform, die sich am Wohl der Patienten orientiert.

Spitalsreform: Der Patient im Mittelpunkt

Gesundheitsminister Alois Stöger hat vor kurzem den Startschuss zur Spitalsreform gegeben. Dazu hat er seine Pläne, bei denen das Wohl der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht, der Bundesgesundheitskommission präsentiert. Das oberste Steuerungsgremium für Gesundheit hat darauf den „Österreichischen Strukturplan Gesundheit 2010“ beschlossen. Dieser sieht erstmalig eine koordinierte, überregionale Planung der Gesundheitsversorgung durch Spitäler vor – und damit mehr Transparenz und Effizienz im Spitalswesen.

Dass die ÖVP diesen Plänen ablehnend gegenübersteht, stößt bei SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser auf Unverständnis: „Für die SPÖ steht der Patient im Mittelpunkt. Das Nein-Sagen der ÖVP ist kein Konzept!“ ♦

Mehr Transparenz bei Förderungen

Die vom Parlament beschlossene Transparenzdatenbank bringt auf Drängen der SPÖ Licht in den Unternehmens- und Agrarförderungsdschungel.

Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ist die Transparenzdatenbank ein wichtiger Schritt zu mehr Effizienz und Sparsamkeit im öffentlichen Sektor und damit „ein entscheidender Beitrag zur Verwaltungsreform“. Außerdem bilde die Datenbank eine „detaillierte Grundlage für die im Jahr 2011 beginnende Steuerreformdebatte“. Das Ziel ist klar: Entlastung der Mittelstands und weitere

Schritte der Vermögensbesteuerung. Zu diskutieren ist hier über eine verstärkte Besteuerung von Vermögen über einer Million Euro, über die Finanztransaktionssteuer und Einschränkungen bei den Managerbezügen, so Kräuter. ♦

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: Die SPÖ hat dafür gesorgt, dass die Transparenzdatenbank auch Unternehmens- und Agrarförderungen umfasst.





Die SPÖ bleibt der Motor für soziale Gerechtigkeit

Die Regierung hat das Land erfolgreich durch die Krise gebracht. Im europäischen Vergleich stehen wir hervorragend da. Auf die nach der Krise notwendig gewordene Budgetkonsolidierung müssen jetzt weitere Reformen folgen, die das Land noch sozialer, gerechter und moderner machen: Im Steuersystem, in der Bildung, in der Verwaltung.

„Durch Reformen erzielte Einsparungen in der Verwaltung müssen wir zum gleichzeitigen und notwendigen Ausbau der Leistungen in den wichtigen Bereichen Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung, Bildung und Forschung verwenden.“

Es waren harte Nachverhandlungen, die SPÖ und ÖVP in der Vorwoche führten, und die letztlich in einer Budget-Einigung am Samstag mündeten. Von den Verbesserungen, die die SPÖ herausverhandeln konnte, werden 120.000 Menschen profitieren. Nach der Budgetrede am Dienstag dieser Woche beginnen nun die parlamentarischen Beratungen über das Budget 2011.

Entgegen den Befürchtungen, die von den meisten Wirtschaftsforschern vor zwei Jahren geäußert wurden, ist unser Land vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen. Alle sind sich heute einig: Es waren die Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete, die das ermöglicht haben. Ein Regierungserfolg, der jetzt nicht kleingeredet werden sollte. Das Budget für das kommende Jahr ist eine notwendige Folge, ein Sparbudget. Allerdings unter Voraussetzungen, die durchaus schlechter sein könnten: Die Wirtschaftsdaten sind gut, die Konjunktur angesprungen, und vor allem hat Österreich gemeinsam mit den Niederlanden die niedrigste Arbeitslosigkeit in Europa.



Von den aus Sicht der SPÖ erfolgreichen Nachverhandlungen zum Budget profitieren 120.000 Menschen. Nach der Budgetrede ist nun das Parlament am Zug.

Wir sind auf dem richtigen Weg

Während alle Regierungen der letzten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte unabhängig von ihrer parteipolitischen Zusammenstellung bei vermögensbezogenen Steuern zurückgeschraubt haben und Rückschritte machten, geht diese Regierung in die richtige Richtung.

Das Budget bringt bei den vermögensbezogenen Steuern bis 2014 3,7 Milliarden Euro zusätzlich aus Banken-, Stiftungs- und Konzernsteuern sowie der Besteuerung von Wertpapieren und Aktien. Durch die zusätzlichen Einnahmen aus vermögens-

bezogenen Steuern bleibt der Staat handlungsfähig und vor allem gehen wir einen Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit. Unterm Strich können wir stolz auf das Erreichte sein: Zwei Drittel der neuen Einnahmen zahlen Banken, Spekulanten, Konzerne und Vermögende.

Diesen Weg müssen wir weitergehen

Die SPÖ muss auch im kommenden Jahr der Motor für soziale Gerechtigkeit bleiben. Um den notwendigen Spielraum für Zukunftsinvestitionen in die Bildung, in Forschung und Entwicklung zu haben, müssen wir den Staat noch effizienter machen. Durch Reformen erzielte Einsparungen in der Verwaltung müssen wir zum gleichzeitigen und notwendigen Ausbau der Leistungen in den wichtigen Bereichen Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung, Bildung und Forschung verwenden.

Wir brauchen eine Steuerreform, die zu mehr Leistungsgerechtigkeit führt. Arbeit soll entlastet, Vermögen sollen stärker herangezogen werden. Daher müssen wir weiter mobilisieren – für eine Reichensteuer und eine Reform der Gruppenbesteuerung. Damit sich die Banken nicht um die Besteuerung ihrer Milliarden Gewinne drücken können.

Ehe die nächsten Nationalratswahlen ins Haus stehen, haben wir noch genügend Zeit, um mehr Gerechtigkeit ins Steuersystem zu bringen, um in die Bildung zu investieren und um einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Diese Zeit werden wir nutzen. ♦

BUDGET

Trendwende zu ge

3,7 Milliarden Euro bis 2014 für das Budget kommen aus Banken-, Stiftungs- und Konzernsteuern sowie der Besteuerung von Wertpapieren und Aktien. Überdies ist es der Regierung Faymann gelungen, Härtefälle, etwa bei Familien, abzumildern und trotz Sparzwängen in Offensivmaßnahmen zu investieren.



HBF/Wenzel

Vergangene Woche wurde im Nationalrat heftig über das Budget debattiert. Für die SPÖ-Abgeordneten war klar: Es bringt mehr Gerechtigkeit im Steuersystem.

Die SPÖ-geführte Bundesregierung hat richtig auf die Krise reagiert und rechtzeitig in Kaufkraft und Konjunktur investiert. Die Zahlen sprechen für sich. Österreich zählt nicht nur in Sachen Beschäftigung zu den internationalen Spitzenreitern, erst kürzlich korrigierten auch die Wirtschaftsforscher ihre Prognosen nach oben. Steuerreform, Konjunktur- und Arbeitsmarktpaket belasteten den österreichischen Staatshaushalt allerdings stark. Nun musste die Regierung daran ge-

hen, das Budget zu konsolidieren – um handlungsfähig zu bleiben und nicht, wie etwa Irland oder Griechenland, Angriffsziel von Spekulanten zu werden und sich in die Abhängigkeit von Haftungsschirmen und Rettungspaketen zu stürzen.

Im Gegensatz zu anderen Ländern ist das heimische Sparbudget sozial gerecht und ausgewogen. So möchte beispielsweise Großbritannien 490.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor einsparen und die Studiengebühren verdoppeln. Der Gesund-

heitsetat in Deutschland soll bis 2014 sogar um zehn Milliarden Euro gekürzt werden. Pensionskürzungen und ein höheres Eintrittsalter werden ebenfalls in vielen Staaten Realität. Die EU-Problemkinder Irland und Griechenland kürzen ebenfalls rigoros Sozialleistungen.

3,7 Milliarden Euro von Banken und Spekulanten

Das österreichische Budget verschont im

rechten Steuern

internationalen Vergleich nicht nur weitgehend die Mittelschichten, es bringt sogar eine Trendwende bei sozial gerechten Steuern. Zwei Drittel der neuen Einkünfte, 3,7 Milliarden Euro bis 2014, tragen Spekulanten, Banken, Vermögende und Teile der Wirtschaft bei. So konnte Bundeskanzler Werner Faymann im Zuge der Bud-

„Ohne Bankenabgabe, Konzernbesteuerung, Aktien-gewinnbesteuerung, Stiftungsbesteuerung und Co. müssten auch wir mit doppelt so hohen Kürzungen leben.“

Bundeskanzler Werner Faymann

getverhandlungen fünf der acht SPÖ-Punkte für gerechte Einnahmen durchsetzen. Noch offene Punkte, wie eine Steuer auf Vermögen über einer Million Euro oder eine Reform der Gruppenbesteuerung werden im Zuge einer allfälligen Steuerreform 2013 wieder Thema sein. „Die Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern ist wichtig, es ist der richtige Weg; von jenen mehr Beiträge zu holen, die sicher mehr leisten können“, sagte der Kanzler dazu im Nationalrat. Durch die zusätzlichen vermögensbezogenen Steuern sichert Österreich überdies seine Handlungsfähigkeit. Besonders erfreulich: Trotz Sparzwängen investiert die Regierung 400 Millionen Euro jährlich mehr in Bildung und Forschung. Damit können beispielsweise die Ganztagschulplätze von 120.000 auf 200.000 aufgestockt werden.

300 Millionen Euro mehr für Familien

Nach der Budgetklausur in Loipersdorf wurde von Seiten vieler Interessensverbände Kritik an einigen Budgetpunkten laut. Vor allem Kürzungen im Familienbereich – Ressortverantwortlicher ist ÖVP-Wirtschaftsminister Mitterlehner – standen im Brennpunkt der Kritik. Das nahm sich Bundeskanzler Werner Faymann zum Anlass, Kritikpunkte im Zuge von Budgetgipfeln zu diskutieren. Dazu lud Faymann Kritiker ins Bundeskanzleramt. Nach vielen konstruktiven

INTERVIEW

„Klares Bekenntnis zum Wissensstandort Österreich“

Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über Kontroversen rund um das Budget, Offensivmaßnahmen trotz Sparzwängen und die Vermögenssteuer.

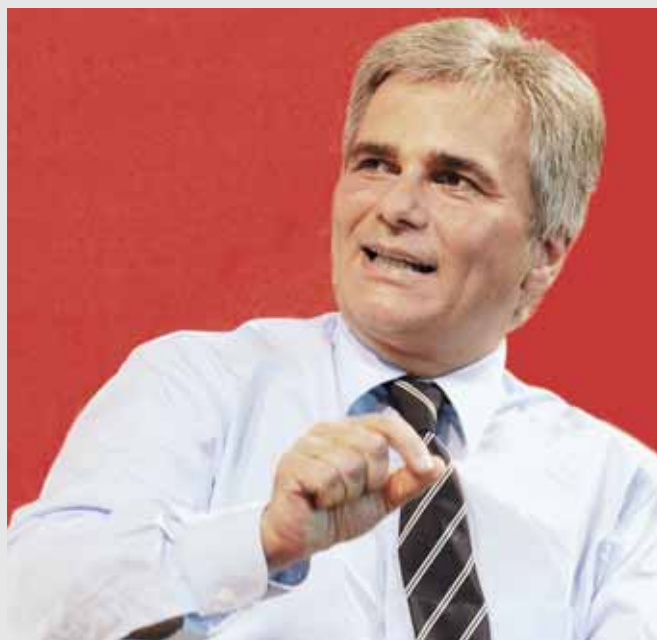
„SPÖ Aktuell“: Herr Bundeskanzler, das Budget sorgte teilweise für starke Kontroversen. Was ist gut gelungen, was weniger gut?

Werner Faymann: Das stimmt. Sie können mir glauben, wenn ich das Budget alleine zu verantworten hätte, würde es anders aussehen. Aber in einer Koalition muss man sich einigen. Gerade im Bereich Familien gab es viel Kritik, und ich habe mir Zeit genommen, Kritiker anzuhören und ins Bundeskanzleramt eingeladen. Dabei ist es gelungen, Verbesserungen durchzusetzen. Dass zwei Drittel der neuen Einnahmen für das Budget von Banken, Spekulanten, Vermögenden und Teilen der Wirtschaft kommen, ist ein Erfolg der SPÖ.

Im Forderungskatalog der SPÖ waren auch die Vermögenssteuer sowie eine Reform der Gruppenbesteuerung vorgesehen. Was passiert damit?

Faymann: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Alle Punkte unseres Programms hätten wir nur in einer SPÖ-Alleinregierung durchsetzen können. Wir stehen dazu: Arbeitseinkommen entlasten, mehr gerechte Beiträge von den großen Vermögen ab einer Million Euro.

Bildung, Forschung und Entwicklung zählen



Bundeskanzler Werner Faymann sieht im Budget einen Richtungswechsel hin zu mehr vermögensbezogenen Steuern.

zu jenen Themen, die sie immer besonders hervorheben. Ist die bisherige Bilanz in diesen Bereich zufriedenstellend für Sie?

Faymann: Ja und Nein. Zum einen würde ich mir natürlich wünschen, dass die 10-Prozent-Grenze für die Neue Mittelschule endlich fällt – Eltern, Kinder und Lehrer wünschen sich das. Die Verbündeten innerhalb der ÖVP für unsere Schulreformen werden aber mehr. Wir Sozialdemokraten haben hier klare Positionen. 400 Millionen Euro des Budgets fließen trotz Sparzwängen jährlich in Offensivmaßnahmen – in die Universitäten, die Forschung und den Ausbau von Ganztagschulplätzen. Das ist ein Bekenntnis zum Wissensstandort Österreich. ♦

Anregungen der Betroffenen hat die Bundesregierung in weiterer Folge Härtefälle berücksichtigt und abgemildert. 300 Millionen Euro mehr für Familien stehen bis 2014 im Vergleich zur Loipersdorf-Einigung zur Verfügung. Davon profitieren 120.000 Menschen.

Verbesserungen für Studierende, Pensionisten und Pendler

Bei den Studierenden gibt es ebenfalls eine Reihe von Verbesserungen: Etwa für Präsenz- und Zivildienstleistende, für Stipendienbezieher oder für jene Studierende, die ein Studium mit längerer Studiendauer (z.B. Medizin) absolvieren. „Das ist ein gutes Ergebnis. Fast die Hälfte der Studierenden bekommt wieder die Familienbeihilfe“, sagte Faymann. Für Bezieher kleiner Pensionen ändert sich nach den Budgetgipfeln auch einiges zum Besseren. Rund 4.000 Menschen erhalten weiterhin den Alleinverdie-

nerabsetzbetrag. Eine weitere Verbesserung betrifft das Pendlerpauschale: Statt 15 Millionen Euro wird es 30 Millionen Euro geben. Davon profitieren rund 800.000 Pendler.

Parlamentarische Debatte läuft

Nun ist das Parlament gefordert. Das Budget und die dafür notwendigen Budgetbegleitgesetze werden aktuell im Nationalrat und dem Budgetausschuss intensiv diskutiert. Im Hauptausschuss machte Werner Faymann deutlich, dass mit dem Budget ein Richtungswechsel in der Steuerpolitik gelungen ist. Finanzstaatssekretär Andreas Schieder stellte klar: „Die Konsolidierung des Haushalts war nicht notwendig, weil wir über unsere Verhältnisse gelebt haben, sondern sie war nötig, weil die Finanzkrise das gesamte Wirtschaftssystem gefährdet hat.“

Debatte um Wertpapier-KEST

Viele vermögensbezogene Steuern stoßen wenig überraschend bei Banken auf nur geringe Gegenliebe. So kritisierte der Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, Erwin Hameseder, die neue Vermögenszuwachssteuer (Kapitalertragssteuer auf Wertpapiere). Er will Steuern sogar mit einer Verfassungsklage bekämpfen. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas sieht in der von der SPÖ durchgesetzten Vermögenszuwachssteuer einen wichtigen Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit. „Raiffeisen hat offensichtlich ein Problem mit vermögensbezogenen Steuern. Nach der Kritik von Rothensteiner an der Bankenabgabe macht nun Hameseder gegen die KEST mobil. Raiffeisen ist eine Bank und nicht der Gesetzgeber in unserem Land“, kritisierte die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Hameseders Äußerungen. ♦

STIMMEN ZUM BUDGET



Christandl

Bildungsreform geht weiter

„Es ist alles gesichert, nichts wird gestrichen.“

Bildungsministerin Claudia Schmied



GdG

Aktive Arbeitsmarktpolitik für die Jungen

„Bei den Budgetverhandlungen ist geglückt, alle Projekte für junge Menschen zu erhalten. Kein Euro wird hier eingespart. Wir betreiben weiter aktive Arbeitsmarktpolitik.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer



IHS

Konsolidierung ist geschickt

„Im Grunde ist die Konsolidierung geschickt und ausgewogen.“

IHS-Chef Bernhard Felderer



Lehmann

Defizit unter drei Prozent bringen

„Wir sind in Österreich in der Lage, das Budgetdefizit in absehbarer Zeit wieder unter drei Prozent senken zu können.“

OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny



Spiola

Verursacher in die Pflicht nehmen

„Endlich müssen auch jene ihren Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten, die die Krise mitverursacht haben: Zwei Drittel der einnahmenseitigen Maßnahmen, betreffen Banken, Spekulanten, Vermögende und multinationale Konzerne.“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits



Zinner

320 Millionen für ganztägige Schulformen

„Es wird zusätzliche 80 Millionen Euro jährlich für den Ausbau ganztägiger Schulformen geben. Über den Zeitraum von vier Jahren sind das 320 Millionen zusätzlich.“

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer



Spiola

Gerechteres Steuersystem

„Die Ungerechtigkeit im Steuersystem, dass jene, die für ihr Geld arbeiten, sehr hohe Steuern zahlen, und jene, die über Kapital Geld verdienen, sehr wenig Steuern zahlen, wird durch dieses Budget ein Stück weit beseitigt.“

SPÖ-Budgetsprecher Jan Krainer



Zinner

Krisenverursacher leisten Beitrag

„Unser Beitrag zu einer gerechten Budgeterstellung liegt vor allem darin, dass nun endlich auch die mehr in die Pflicht genommen werden, die die Krise mitverursacht haben.“

Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger



Weinwurm

300 Millionen mehr für Familien

„Soziale Härten im Budget wurden abgefedert. Insgesamt erhalten Österreichs Familien, im Vergleich zur Einigung in Loipersdorf, 300 Millionen mehr.“

Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier

ARBEITSMARKT

November bringt Beschäftigungsrekord

Im November konnte erstmals die Zahl der in der Wirtschaftskrise verlorengegangenen Arbeitsplätze zurückgewonnen werden. Mit einem Plus von 1,9 Prozent gibt es 60.000 Arbeitsplätze mehr als im Vorjahr.

Dank der zahlreichen Maßnahmen der SPÖ-geführten Bundesregierung konnten 100.000 Arbeitsplätze gerettet und zahlreiche neue geschaffen werden. Mit 3.299.400 aktiv Beschäftigten wurde jetzt sogar ein neuer Beschäftigungsrekord für den Monat November erreicht. Dadurch sinkt die Arbeitslosigkeit auch in diesem Monat kräftig. „Mit 244.346 vorgemerkten Arbeitslosen ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 13.399 Personen (-5,2 Prozent) gesunken“, berichtete Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Erfreulich ist für Hundstorfer, dass der starke Rückgang von Langzeitarbeitslosen im November weiter anhält (-24,6 Prozent), ebenso wie der deutliche Rückgang der Arbeitslosen im Produktionsbereich (-27 Prozent).

Jugendarbeitslosigkeit stark rückläufig

Gleichzeitig konnten aufgrund der Arbeitsmarktbelegung die AMS-Schulungen verringert werden (-5.681, das sind um 7,2 Prozent weniger als im Vorjahr). „Der Rückgang an Arbeitslosen plus Schulungsteilnehmern mit -19.080 (-5,7 Prozent) war



Durch die rasch gesetzten Maßnahmen der SPÖ-geführten Bundesregierung mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer konnten ca. 100.000 Arbeitsplätze gerettet werden. Damit steht Österreich in der Pole-Position für den Wirtschaftsaufschwung.

auch im November deutlich“, erläuterte der Sozialminister.

Überdurchschnittlich stark sinkt die Arbeitslosigkeit auch bei Männern (-8,4 Prozent). Besonders erfreulich ist die anhaltende Belegung am Arbeitsmarkt für Jugendliche: die Arbeitslosigkeit sinkt hier um 8,4 Prozent, es gibt um 2,1 Prozent weniger Lehrstellensuchende, denen zwei Prozent mehr an offenen Lehrstellen zur Verfügung stehen.

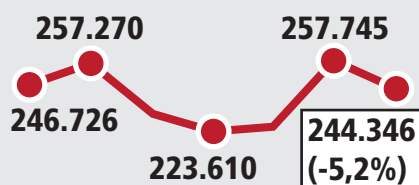
EU bestätigt: Österreich hat Krise am besten gemeistert

Ein aktueller EU-Bericht beweist einmal mehr, dass die SPÖ-geführte Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann mit den beiden Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen und der darin enthaltenen Ausweitung der Kurzarbeit rasch und richtig auf die Finanz- und Wirtschaftskrise rea-

giert hat. Die EU-Kommission hielt fest, dass Österreich „den Sturm gut überstanden hätte“ vor allem, weil es als Kriseninstrument die Kurzarbeit forciert habe. Dadurch ergebe sich die „beste Position für den Aufschwung“, so EU-Kommissar Andor. „Heute können wir die Früchte unserer raschen und konsequenten Reaktion auf die Wirtschaftskrise ernten. Wir sind in Europa nach wie vor das Land mit der zweitniedrigsten Arbeitslosigkeit (-4,8 Prozent) und mit der drittniedrigsten Jugendarbeitslosigkeit (-9,8 Prozent)“, so Hundstorfer. Und auch SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits betonte: „Gemeinsam mit Deutschland und Belgien hat Österreich auf die Kurzarbeit als Mittel zur Krisenüberbrückung gesetzt Und das macht sich nun bezahlt. Österreichs Firmen können mit ihrem gut eingearbeiteten, erfahrenen Personal nach der Krise mit voller Kraft durchstarten.“

Arbeitslosigkeit stark gesunken

Entwicklung seit 2004 jeweils Ende November



Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um 13.399 Personen (-5,2 Prozent) gesunken. Mit 244.346 vorgemerkten Arbeitslosen liegt Österreich aktuell sogar unter den Werten der Jahre 2004 und 2005.

BILDUNG

SPÖ-Präsidium: Mit voller Kraft für die neue Schule

Die SPÖ wird die Bildungsreformen entschlossen vorantreiben. Beim letzten Parteipräsidium wurden wichtige Schulprojekte bekräftigt: Zum Beispiel der Ausbau der Neuen Mittelschule und die Stärkung der Schulstandorte.



Lehmann

„Die Schulreform mit vollem Einsatz voranzutreiben, ist eine der Hauptaufgaben für die Zukunft.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Das ganztägige Schulangebot wird ausgebaut, die Schulen werden gestärkt: Die Bildungsreform geht weiter. Das betonten Bundeskanzler Werner Faymann und Bildungsministerin Claudia Schmied nach dem SPÖ-Parteipräsidium.

„Jede zweite Pflichtschule soll ein ganztägiges Angebot haben.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Das SPÖ-Parteipräsidium letzten Freitag zeigte ganz deutlich: Die SPÖ hat in Bildungsfragen eine klare und einheitliche Position, während die ÖVP nach wie vor vollkommen uneins ist und sich weiterhin mit unnötigen Machtfragen (Stichwort Lehrer-Verlängerung) beschäftigt. Bundeskanzler Werner Faymann stellte nochmals klar, dass es keine Verlängerung der Lehrer-Kompetenzen geben wird. Viel wichtiger sei es, „die Schulreform mit vollem Einsatz voranzutreiben“. Das sei eine „Hauptaufgabe für die Zukunft“, so der Kanzler.

Die wichtigsten Projekte 2011 – 2013

Bildungsministerin Claudia Schmied stellte klar: „Wir müssen die Qualität unserer

Schulen entscheidend verbessern.“ Gelingen soll das durch den Ausbau der ganztägigen Schulformen (Aufstockung auf 200.000 Ganztagsplätze) und die Ausweitung der Neuen Mittelschule, die für Ministerin Schmied ein wichtiger „Zwischenschritt hin zur gemeinsamen Schule“ ist. In intensiver Vorbereitung sind auch die Projekte „Attraktives Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrerinnen und Lehrer“ und die „LehrerInnenbildung NEU“ („SPÖ Aktuell“ berichtete bereits darüber). Wesentlich sind auch die Stärkung der Verantwortung am Schulstandort und die Weiterentwicklung der Schulaufsicht in Richtung Qualitätsmanagement (etwa durch Zielvereinbarungen).

Wichtige Verwaltungsreformprojekte

Die SPÖ hat bei ihrem Präsidium auch realisierbare Verwaltungsreformprojekte im Bildungsbereich bekräftigt. Ein zentraler Punkt ist neben der Stärkung der Schulstandorte samt klarer Leitungsverant-

wortung der Direktoren die Streichung der Bundesbehörde Bezirksschulrat. Statt vier Verwaltungsebenen soll es künftig nur mehr drei geben. Um Mehrgleisigkeiten abzubauen, sollen die westlichen Bundesländer nach dem Vorbild Wiens und anderer östlicher Bundesländer die Möglichkeit erhalten, die Pflichtschullehrer-Verwaltung an den Landesschulrat (eine Bundesbehörde) zu übergeben. So kann ein großes Einsparungspotential in den Ämtern der Landesregierung realisiert werden. Außerdem soll das Landeslehrer-Controlling österreichweit einheitlich sein, um Transparenz und Planungsgenauigkeit zwischen Bund und Ländern zu sichern.

Bei Lehrerdienstrecht auf gutem Weg

Kurz nachdem die Salzburger ÖVP offen die Bildungsreformen von Ministerin Schmied unterstützte und für die flächendeckende Einführung der Neuen Mittelschule plädierte, fühlte sich ÖVP-Staatssekretär Lopatka bemüßigt, polemische Wortspenden zum neuen Lehrerdienstrecht abzugeben. Für SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer ein „allzu durchschaubares Ablenkungsmanöver, mit dem die ÖVP darüber hinwegtäuschen will, dass sie – im Unterschied zur SPÖ – in Bildungsfragen völlig uneinig ist.“ Und Ministerin Schmied betonte, dass Lopatka „nicht im Bilde ist“. Denn zum Lehrerdienstrecht finden bereits seit Monaten intensive Vorbereitungsgespräche statt. Mit Beginn 2011 starten die Verhandlungen mit der Lehrgewerkschaft unter Einbeziehung des Finanzministeriums und des Bundeskanzleramts. ♦

BUNDESRAT

Gerald Klug zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt

Mit 88,8 Prozent der Stimmen wählte die sozialdemokratische Bundesratsfraktion Gerald Klug zu ihrem neuen Vorsitzenden.



Mit der Amtsübergabe an Gerald Klug tritt Albrecht K. Konecny nach 23 Jahren in der Länderkammer in den Ruhestand.

Klug folgt damit dem langjährigen Vorsitzenden Albrecht K. Konecny nach, der nach 23 Jahren Mitgliedschaft in der Länderkammer in den Ruhestand getreten ist. Gerald Klug vertritt seit 2005 die Steier-

mark in der Länderkammer und setzt sich aufgrund seiner beruflichen Erfahrung und seines Werdeganges besonders für sozial- und arbeitsrechtliche Belange ein. „Diese Themenbereiche werde ich selbstverständlich auch in Zukunft inhaltlich aufarbeiten, allerdings möchte ich mich auch verstärkt den anstehenden verfassungsrechtlichen Herausforderungen widmen“, kündigte Klug an.

Klug wurde am 13. November 1968 in Graz geboren. Er machte eine Lehre als Dreher, absolvierte berufsbegleitend ein Jus-Studium in Graz und ist Sekretär der Produktionsgewerkschaft (PROGE).

Seit 2008 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPÖ-Bundesräte. Zu den neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden Monika Kemperle und Reinhard Todt gewählt.

Wohlverdienter Ruhestand für Albrecht K. Konecny

Albrecht K. Konecny war seit 1974 Mitglied des Bundesparteivorstandes der SPÖ und von 1979 bis 1986 Herausgeber und Geschäftsführer der Arbeiter-Zeitung. Von 1987 bis 1996 war Konecny als Leitender Sekretär der SPÖ tätig. Er war Abgeordneter zum Nationalrat und seit 1987 Mitglied des Bundesrats. In den Jahren 1995 und 1996 war Konecny auch Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 1996 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im Bundesrat. ♦



SPÖ Klub

Der neue Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundesratsfraktion: Gerald Klug.

FRAUEN

Vortrag von Ragini Sen im SPÖ-Klub

Die indische Wissenschaftlerin Ragini Sen sprach bei einem Frauenfrühstück des SPÖ-Parlamentsklubs über die Verschleierung von Frauen.

Ragini Sen ist zur Zeit Gast-Professorin am Institut für Sozial- und Wirtschaftspsychologie der Kepler Universität Linz und beschäftigt sich mit den Gründen der Verschleierung muslimischer Frauen. Dazu hat sie muslimische Frauen aus verschiedensten sozialen Schichten befragt. In ihrem Vortrag betonte sie, dass die wachsende Zahl an verschleierten Frauen nicht nur auf religiösen Fundamentalismus zurückzuführen ist. Vielmehr ist die Verschleierung von verschiedenen Prozessen abhängig, die manchmal völlig gegensätzlich sein können. Konservative Haltungen spielen ebenso eine Rolle wie Rebellion und Verletzung kultureller Identitäten. Demnach verwundert es nicht,

dass die Anzahl verschleierter Frauen dort abnimmt, wo sich die muslimische Gemeinde nicht als angefeindet und beobachtet wahrnimmt. ♦

Auf Initiative von SPÖ-Europasprecherin Christine Muttonen und SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm wurde Ragini Sen zum Frauenfrühstück im SPÖ-Parlamentsklub geladen.



SPÖ Klub

EUROPA

Ein Jahr Vertrag von Lissabon

Durch den Vertrag von Lissabon, der vor einem Jahr in Kraft getreten ist, wurden die Mitwirkungsrechte des österreichischen Parlaments am europäischen Gesetzgebungsprozess maßgeblich gestärkt.

Das österreichische Parlament hat seine neuen Mitwirkungsrechte gut genutzt. Es wurden drei Subsidiaritätsrügen ausgesprochen und so gegen Kompetenzüberschreitungen der EU Einspruch erhoben sowie insgesamt 23 Stellungnahmen abgegeben. Das neue EU-Informationsgesetz, das noch mehr Transparenz bringen wird, soll im Frühjahr beschlossen werden. „Die Bilanz des letzten Jahres ist eindeutig positiv. Wie sich auch jetzt nach einem Jahr zeigt, hat die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon tatsächlich zu mehr demokratischer Kontrolle und Transparenz geführt. Die Rolle der nationalen Parlamente als Hüterinnen der Souveränität der Nationalstaaten wurde bestätigt“, betonte SPÖ-Europasprecherin Christine Muttonen. ♦



Zimmer

Durch den Vertrag von Lissabon erhalten die nationalen Parlamente mehr Mitspracherecht in der europäischen Gesetzgebung.

BUNDESHEER

Assistenzeinsatz bis Ende 2011 verlängert

Auch im kommenden Jahr wird das Österreichische Bundesheer die Exekutive im niederösterreichischen und burgenländischen Grenzraum unterstützen und für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen.

Die Verlängerung des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes des Österreichischen Bundesheeres ist vor allem eines: „Ein Erfolg für die Si-

cherheit der Burgenländerinnen und Burgenländer“, betont Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl. Für ihn ist klar, dass sich die Präsenz des Bundesheeres im Grenzraum bewährt und viel zur Sicherheit der Bevölkerung beigetragen hat. „Ich bin Verteidigungsminister Norbert Darabos daher dankbar, dass er die Verlängerung möglich gemacht hat“, so Niessl. „Durch die sichtbare Präsenz der Soldaten wird ein messbarer Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit geleistet sowie das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gesteigert“, so Darabos, der sich immer zum Assistenzeinsatz bekannt hat. Im Laufe des Jahres 2011 wird



Bundesheer

Bis Ende 2011 werden Soldaten des Österreichischen Bundesheeres im Burgenland und in Niederösterreich sicherheitspolizeiliche Assistenz leisten.

die Truppenstärke von 1.000 auf 500 Soldatinnen und Soldaten reduziert. Bis Ende des kommenden Jahres wird der Einsatz schrittweise auslaufen. ♦

HINTERGRUND

Assistenzeinsatz – Eine Erfolgsbilanz:

Seit 2008:

- ▶ wurde 400 Mal Unterstützung durch das Bundesheer von Seiten der Exekutive angefordert.
- ▶ wurden 77 Mal lebensrettende Maßnahmen durch Soldatinnen und Soldaten gesetzt.
- ▶ wurden rund 2.800 sicherheitsrelevante Wahrnehmungen getätigt, in 2.200 Fällen wurde die Polizei alarmiert.

FREIHEITSKÄMPFER

Ernst Nedwed als Bundesvorsitzender wiedergewählt

Mit überwältigender Mehrheit – nur eine Gegenstimme – wurde Ernst Nedwed als Vorsitzender des „Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen“ bestätigt.



Ernst Nedwed, Vorsitzender der Freiheitskämpfer (li.), zeichnete Bundeskanzler Werner Faymann mit der Otto-Bauer-Plakette aus und dankte Ehrenvorsitzendem Alfred Ströer (re.).

Rund 100 Delegierte und zahlreiche Ehrengäste (darunter Bundeskanzler Werner Faymann und der Ehrenvorsitzende der Freiheitskämpfer Al-

fred Ströer) hatten sich zur Verbandskonferenz des „Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en“ eingefunden. Ernst Nedwed berichtete über die vielfältigen Tätigkeiten der Freiheitskämpfer und betonte: „Der Geist des Widerstands darf niemals verloren gehen und muss an die Jugend weitergegeben werden.“ Umso wichtiger ist es daher, dass die Freiheitskämpfer verstärkt junge Mitarbeiter und Frauen in den Vorstand gewählt haben, die die Erfahrungen der Zeitzeugen weitergeben und in der Aufklärung mitarbeiten.

Wichtige Resolutionen

Bei der Freiheitskämpfer-Konferenz, die ganz im Zeichen des Mottos „Niemand vergessen. Wachsam bleiben gegen

Rechts“ stand, wurden zahlreiche wichtige Resolutionen beschlossen. Gefordert wird etwa die Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus sowie Maßnahmen gegen neonazistische Aktivitäten in Österreich (z.B. Hetze in einschlägigen Internet-Foren).

Bundeskanzler Werner Faymann: Kampf gegen Rechts darf nie aufhören

Bundeskanzler Werner Faymann betonte in seiner Grußrede: „Antifaschistische Arbeit darf niemals aufhören. Sie ist eine der Stärken der Sozialdemokratie.“ Außerdem dankte Faymann den Freiheitskämpfern für ihre unermüdliche Arbeit: „Die Freiheitskämpfer leisten vor allem für die gesellschaftspolitische Bewusstseinsbildung einen wichtigen Beitrag.“ ♦

Politik

Parlamentarisches Schimpfbuch

In der Politik wird gelacht, gewitzelt, gealbert – und geschimpft. Tatjana Duffek fasst zusammen, wie es im österreichischen Parlament auch zugehen kann.

Der parlamentarische Alltag hat eine bisher wenig beachtete, aber durchaus menschliche Seite. Denn auf dem politischen Parkett werden nicht bloß trockene Gesetze verabschiedet, es wird auch voller Engagement gealbert, gestichelt und geschimpft. Was sich unsere Abgeordneten in den vergangenen 50 Jahren so alles an den Kopf geworfen haben, hat Tatjana Duffek in dieser umfangreichen Sammlung von Stilblüten zusammengetragen. Die Autorin

hat aus über 700.000 Einträgen der stenographischen Protokolle die pikantesten und witzigsten Angriffe und Paraden ausgewählt – eine Fundgrube geistiger Verfehlungen und sprachlicher Höhenflüge unserer Abgeordneten. Ob „Quadratschädel“, „orange Prügelaffäre“, „grüne Flaschen“ oder die Frage „wie viele Lügner das Parlament verträgt“, für die meisten der gesammelten Geistesblitze haben die Mandatäre einen Ordnungsruf kassiert. ♦

Biographie

Der Theatermann Gustav Manker

Eine Biographie über einen beeindruckenden österreichischen Theatermann, der ein umfangreiches theatralisches Lebenswerk hinterlässt.

Regisseur, Bühnenbildner, Intendant des Wiener Volkstheaters – Gustav Manker war eine prägende Figur des Wiener Theaterlebens. Sein Weg führte über Max Reinhardts private Theaterschule, über die Avantgarde-Theater Wiens der 1930er Jahre hin zum deutschsprachigen Theater in Polen. Ab 1938 wird das Volkstheater Mankers Heimat, in der er über 30 Jahre lang tätig ist. Als Theaterdirektor entdeckt er mit Peter Turrini und Wolfgang Bauer eine neue

Generation österreichischer Schauspieler. Sein Sohn Paulus Manker, selbst Schauspieler, Theaterregisseur und Filmemacher, hat eine umfassende und sehr persönliche Biographie vorgelegt. Auf über 500 Seiten und mit 877 größtenteils noch unbekannten Abbildungen illustriert der Autor das Leben seines Vaters. Die Spurensuche wird ergänzt durch persönliche Erinnerungen von Wegbegleitern und einer CD mit über 24 Premierenausschnitten. ♦

Biographie

Die Ernst Jandl Show

Das Buch zur Ausstellung im Wien Museum gibt einen guten Einblick in das Leben des genialen Auftritskünstlers Ernst Jandl.

Ernst Jandl war stets auf der Suche nach neuen künstlerischen Ausdrucksformen. Neben Laut- und Sprechgedichten schrieb er Dialektgedichte, experimentelle Prosa, autobiographische Texte, Hörspiele, Theaterstücke, Filme und ein Ballett. Als Vortragskünstler brachte er das Publikum zum Lachen, manchmal auch zum Toben. Seine Auftritte mit der NDR-Bigband oder dem Vienna Art Orchestra sind legendär. Er war leidenschaftlicher Jazzfan und Schachspieler, Lehrer und

Dichter, einzigartiger Interpret und Vermittler eigener, aber auch fremder Texte. In zahlreichen von den Herausgebern Bernhard Fetz und Hannes Schweiger gesammelten Essays, Gesprächen und Fundstücken, auch aus dem Nachlass Ernst Jandls, wird ein Künstler erkennbar, der an den Schnittstellen von Literatur, Musik und Bildender Kunst arbeitete. Hinzu kommen poetische Texte namhafter Autorinnen und Autoren, die auf Entwürfe aus Jandls Werkstatt antworten. ♦

☐ Stk.


Tatjana Duffek:

Österreichs parlamentarisches Schimpfbuch.

Amalthea Verlag, Wien, 2010.
254 S., 19,95 €

☐ Stk.


Paulus Manker:

Der Theatermann Gustav Manker 1913 - 1988.

Amalthea Signum Verlag,
Wien, 2010; 560 S., 20 €

☐ Stk.


B. Fetz, H. Schweiger (Hg.):

Die Ernst Jandl Show.

Residenz Verlag,
St. Pölten, 2010;
159 S., 22,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ FRAUEN

16 Tage gegen Gewalt an Frauen



Mit einer Aktion unter dem Titel „Diese Hände schlagen nicht!“

nutzten die SPÖ-Bundesfrauen und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek die „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“, um auf das Tabuthema Gewalt aufmerksam zu machen.

Gewalt an Frauen“, in deren Rahmen in ganz Österreich Aktionen der SPÖ-Bundesfrauen zum Thema stattfinden. Gewalt passiert vor allem in den eigenen vier Wänden, hinter verschlossenen Türen und betrifft Frauen aus allen sozialen Schichten“, so SPÖ-Bundesfrauengeschaftsführerin Andrea Mautz, „dagegen gilt es ein Zeichen zu setzen“. Frauen-

Mädchen pro Jahr gegen ihren Willen verheiratet. Heinisch-Hosek nutzt daher die 16 Tage gegen Gewalt, um ein deutliches Zeichen zu setzen: „Zwangsheirat ist eine Form der Gewalt, die nicht zu tolerieren ist und hat in unserer Gesellschaft nichts verloren“, unterstreicht sie ihre Null-Toleranz-Politik. Sie startet daher zwei konkrete Projekte, um diesen Mädchen zu helfen. Zum einen wird ein Ausbildungsprogramm für junge Frauen unterstützt, die selbst von Zwangsheirat betroffen waren, damit diese wiederum anderen potentiellen Opfern in ihrem Umfeld helfen können. Zum anderen wird eine neue Initiative ins Leben gerufen, um Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiter, Jugendbetreuer und Familienrichter darin zu schulen, Zwangsheirat zu erkennen und damit umzugehen.

Gewaltprävention und Schutzmaßnahmen

Die Jugendorganisationen Sozialistische Jugend (SJ), Aktion kritischer SchülerInnen (AKS) und Verband sozialistischer StudentInnen (VSSStÖ) fordern den Ausbau von Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen für Frauen, die Opfer von Gewalt wurden. Auch die Arbeit zur Gewaltprävention soll verstärkt werden. SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm weiß um die Wichtigkeit entsprechender Einrichtungen: „Gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten, wenn Arbeitslosigkeit droht und zunimmt und wenn es zu existenziellen Ängsten in Familien kommt, steigen familiäre Gewalttaten an. Umso wichtiger ist, dass die Regierung hier nicht einspart.“



Immer noch ist jede fünfte Frau mindestens einmal in ihrem Leben von männlicher Gewalt in ihrem direkten Umfeld betroffen. Um auf diesen dramatischen Umstand aufmerksam zu machen, wird am 25. November der „Internationale Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“ begangen. Dieser Tag ist gleichzeitig der Auftakt für die „16 Tage gegen

ministerin Heinisch-Hosek will die Betroffenen ermutigen, die bestehenden Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen. Auch Zeugen nimmt sie in die Pflicht: „Sie sollen mutiger werden und Zivilcourage zeigen.“

Zwangsheirat nicht tolerierbar

Ein besonderes Ärgernis ist für Heinisch-Hosek der Bereich Zwangsheirat. Obwohl in Österreich strafbar, werden laut Experten-Schätzungen rund 200

DIE FAKTEN

„16 Tage gegen Gewalt an Frauen“

begannen am Internationalen Tag gegen Gewalt zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (25. 11.) und enden am Internationalen Tag der Menschenrechte (10. 12.).

Im Jahr 2009 wurden in Österreich 14.622 weibliche Gewaltopfer betreut.

Gewalt gegen Frauen findet im sozialen Nahraum statt: 36 Prozent der Täter sind die eigenen Ehemänner, 18 Prozent sind Lebensgefährten.



SJ, VSSStÖ, AKS und FSG-Jugend beleuchten zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen den Stephansplatz.

SOZIALDEMOKRATISCHER WIRTSCHAFTSVERBAND

Zukunftstrend Ein-Personen-Unternehmen



Bei einer hochkarätig besetzten Diskussionsveranstaltung ging der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Oberösterreich dem Zukunftsmodell Ein-Personen-Unternehmen auf den Grund.

Ein-Personen-Unternehmen (EPU) sind auf dem Vormarsch: Sie machen bereits 55 Prozent der heimischen Unternehmen aus. Auf EU-Ebene ist ihr Anteil mit 60 Prozent sogar noch höher. Das liegt vor allem daran, dass EPU klein, dementsprechend wendig, hoch spezialisiert, engagiert und enorm kreativ sind. Sie entsprechen damit

genau jenen Anforderungen, nach denen die Wirtschaft verlangt.

Maßgeschneiderte Rahmenbedingungen

Die längst antiquierten, vielfach lähmenden Rahmenbedingungen – von der

Finanzierung über die Steuer bis hin zur Sozialversicherung – stehen in klarem Widerspruch zum Trend hin zum EPU. Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband sieht es daher als eines seiner wichtigsten Ziele an, zufriedenstellende, an die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der EPU's angepasste Rahmenbedingungen zu schaffen, so SWV-Oberösterreich Präsident Robert Hueber bei der Diskussionsveranstaltung in der Linzer Austria Tabak Fabrik. Er ist sich sicher: „Es gilt gerade bei den EPU's mehr als anderswo: Geht es den Menschen gut, geht es der Wirtschaft gut.“ Speziell zugeschnittene rechtliche Regelungen könnten wesentlich dazu beitragen, vor existenzfeindlicher und finanzieller Selbstausbeutung zu schützen. ♦



Über den Zukunftstrend Ein-Personen-Unternehmen diskutierten (v.l.n.r.): Unternehmerin Ute Böckmann, der Linzer Vize-Bgm. Klaus Lugar, Gerti Jahn (AK), Sonja Ausserer (BAWAG), SWV-OÖ-Präsident Robert Hueber und Hans Bürger (ORF).

KÄRNTEN

„Theaterdonner“ gegen Computersucht



Mit einem Theaterstück soll Jugendlichen der Umgang mit Neuen Medien spielerisch beigebracht werden.

Die hohe Präsenz und Verwendung digitaler Medien stellt Eltern und Schulen vor immer größere Herausforderungen. Die Grenzen zwischen sinnvollem Gebrauch, Spaß und Suchtverhalten sind dabei fließend. Kärntens Gesundheitsreferent, Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Kaiser hat sich daher mit der Landesstelle für Suchtprävention ein besonderes Angebot zur Aufbereitung dieser Problematik einfallen lassen. Konkret soll ein Theaterstück mit dem Titel „Noch ein Spiel und noch ein Spiel und ...“ Jugendliche für Computer- und Internetsucht sensibilisieren. Das Theaterstück wird an insgesamt neun Kärntner Schulen aufgeführt. ♦



SPÖ Kärnten

Gesundheitsreferent LHStv. Peter Kaiser: „Kinder sind zunehmend auch den Risiken und Schattenseiten Neuer Medien ausgesetzt.“

NIEDERÖSTERREICH

4,2 Milliarden Euro für Infrastrukturprojekte



Von 2011 bis 2016 fließen drei Milliarden in das niederösterreichische Schienennetz und weitere 1,2 Milliarden in den Straßenbau.

„Unser Bundesland fährt auch im Zuge vorhandener Sparzwänge bei Infrastrukturinvestitionen weiterhin gut“, zeigt sich Niederösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Sepp Leitner erfreut. Die Investitionen bedeuten nicht nur mehr Service und Verbesserungen für Pendlerinnen und Pendler, sondern sind auch die Grundlage für die gute Entwicklung der niederösterreichischen Wirtschaft und wichtig zur Absicherung von Arbeitsplätzen. Verkehrsministerin Doris Bures verfolgt mit ihrer Investitionspolitik ein klares Ziel:



SPÖ NÖ

„Wir wollen große Verkehrsachsen modernisieren, Lücken schließen und keinen Investitionsstopp zulassen.“ ♦

Verkehrsministerin Doris Bures und Landeshauptmann-Stellvertreter Sepp Leitner: Investitionen in Schiene und Straße kurbeln die Wirtschaft an und sichern Jobs.



privat

Paradigmenwechsel notwendig

Mit dem Energie- und Klimapaket der EU wird der Rahmen für einen notwendigen Transformationsprozess unseres Energiesystems gesetzt. Das sind umweltpolitische Herausforderungen, denen sich Österreich zu stellen hat.

„Die Zielsetzungen der EU sind nur mit einem grundlegend neuen Verständnis unseres Energiesystems erreichbar.“

EU-weit gilt es bis 2020, die Treibhausgase um zumindest 20 Prozent zu reduzieren – mit einer angekündigten Option, diesen Zielwert auf 30 Prozent zu erhöhen, sofern ein Nachfolge-Abkommen zu Kyoto erzielt wird. Darüber hinaus gilt es, den Anteil erneuerbarer Energieträger am Endenergieverbrauch auf 20 Prozent zu steigern.

Für Österreich leiten sich daraus folgende Ziele bis 2020 ab:

- » Für Sektoren im Emissionshandelssystem gilt das EU-weite CO₂-Reduktionsziel von 21 Prozent im Vergleich zu 2005,
- » für die übrigen Sektoren (im wesentlichen Verkehr, Haushalte, Abfallwirtschaft, Landwirtschaft) gilt ein Reduktionsziel von 16 Prozent gegenüber 2005 und
- » der Anteil erneuerbarer Energieträger am Endenergieverbrauch ist auf 34 Prozent zu steigern.

Berücksichtigt man darüber hinaus die mittelfristige Perspektive der EU, den klimaschädlichen Ausstoß von Treibhausgas-Emissionen (THG) bis 2050 um 80 Prozent zu reduzieren, wird deutlich, dass dies einen Paradigmenwechsel in unserem Wirtschaftssystem und unserem Verständnis von Energiesystemen voraussetzt. Ohne dementsprechende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Weichenstellung werden diese Herausforderungen nicht gemeistert werden. Die Zielsetzungen der EU sind nur mit einem grundlegend neuen Verständnis unseres Energiesystems erreichbar. Das Festhalten an Pfadabhängigkeiten mit dem Vertrauen in weitgehend inkrementelle Innovationen wird die Transformation des



Thermisch effiziente Gebäude mit dementsprechend geringen Energieflüssen tragen einiges zur Verringerung der Treibhausgas-Emissionen bei.

Energiesystems – und die damit einhergehenden gesellschaftspolitischen Veränderungen – nicht bewirken.

Energiedienstleistungen sind in diesem Zusammenhang der Schlüsselbegriff. Denn nicht Energieflüsse, sondern die daraus gewonnenen Energiedienstleistungen sind wohlfahrtsrelevant. Dies steht weitgehend im Widerspruch zur gewohnten Betrachtung, die in erster Linie auf Energieflüsse fokussiert, mit dem Verständnis, dass mehr Wirtschaftswachstum mit mehr Energieverbrauch einhergeht und beides zusammen

genommen unseren Wohlstand erhöht. Demgegenüber orientiert sich das alternative Verständnis des Energiesystems an den nutzenstiftenden Energiedienstleistungen, wie:

- » thermische Energiedienstleistungen, wie die Temperierung von Gebäuden
- » mechanische Energiedienstleistungen für Mobilität und stationäre Antriebe
- » elektrische Energiedienstleistungen im Bereich der Elektronik oder Beleuchtung.

Die Befriedigung der erwünschten Energiedienstleistungen kann auf unterschiedliche Weise erfolgen und hängt von den verwendeten Anwendungstechnologien ab. Zum Beispiel kann die Energiedienstleistung „Raumtemperatur“ durch ein thermisch effizientes Gebäude mit dementsprechend geringen Energieflüssen, oder durch ein energetisch schlechtes Gebäude mit hohem Energiebedarf erreicht werden. Im Mobilitätsbereich kann Leichtbauweise bei Fahrzeugen den Energiebedarf deutlich absenken, weitere Alternativen in den Anwendungstechnologien sind Elektrofahrzeuge oder die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Die Ziele sind definiert, die Instrumente und Weichenstellungen für eine dementsprechende Energie- und Klimapolitik müssen erst geschaffen werden.

Es gibt eine Reihe von Optionen zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele. In jedem Fall sind signifikante Veränderungen auf allen Ebenen unseres Energiesystems notwendig, um entsprechende Verbesserungen unserer Energie- und Emissionseffizienz zu erreichen. Dies wiederum setzt ambitionierte politische Rahmenbedingungen voraus. ♦

Angela Köppl ist Umweltökonomin in Wien und Lektorin an der Universität Graz sowie der Wirtschaftsuniversität Wien.

LESERBRIEFE

Die aktuellen Debatten rund um die Budgeterstellung und die von der SPÖ erreichten Entschärfungen beschäftigen unsere Leserinnen und Leser in den letzten Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen finden sich hier – teilweise gekürzt – wieder.

Budget

Sehr geehrte Damen und Herren, Endlich ist das Budget geschafft. Die Reichen zahlen sowohl beim Aktienkauf, als auch beim Zigarrenkauf drauf und wenn sie sich in Zukunft eine neue Limousine genehmigen, bezahlen sie einen fairen Anteil für Umweltverschmutzung und Straßenbenützung. Endlich sind auch die steuerschonenden Stiftungen etwas schonungsloser angegriffen worden. Fair finde ich auch, dass die weniger Begüterten, ganz gleich ob Studenten oder Pensionisten, nicht so arg draufzahlen müssen, wie ursprünglich zu befürchten war. Wenn man sich die Zustände in den anderen Ländern in Europa so anschaut, können wir uns noch glücklich schätzen.

Gerhard Köberl
Gmunden

Landeskaiser Pröll

Ich muss meinem Ärger Luft machen: Wenn ich daran denke mit welcher nie dagewesenen Präpotenz Erwin Pröll (LH von Niederösterreich, Anm. d. Red.) die Hand nach den Bundeslehrern ausstreckt, stellt es mir sprichwörtlich die Nackenhaare auf. Man stelle sich vor, welche Auswirkungen das auf die Einstellungspolitik hätte: Wer ein schwarzes Parteibuch hat, hat Chancen – wer nicht,



Bundesparteiohmann Werner Faymann hat 300 Millionen Euro an Verbesserungen für sozial Schwache erreicht.

der nicht. Man muss heilfroh sein, dass wirklich alle vernünftig denkenden Menschen entschieden gegen dieses absurde Anliegen auf die Barrikaden gehen: Schüler, Lehrer, Eltern, Experten und – last but not least – Unterrichtsministerin Schmied und Bundeskanzler Faymann. Es war wichtig, dass die SPÖ ihre klare Ablehnung festgestellt hat. Wenn Präpotenz keine Grenzen kennt, muss man ihr Grenzen setzen.

Andrea Stampfl
Via Mail

Sehr geehrte Redaktion!

Die heftigen Reaktionen nach dem Budgetwochenende in der Therme Loipersdorf waren meiner Meinung nach absolut berechtigt. Erst durften wir alle auf das Budget warten, dann sollten wieder nur der „kleine Mann von der Straße“ die Krot schlucken. Nach den sinnvollen Nachverhandlungen ist jetzt aber ein wirklich ausgewogenes Budget zusammengekommen, das uns fair und sicher in die Zukunft gehen lässt.

Mag. Andrea Ploner
via Mail

Werte Genossinnen und Genossen!

Gratulation an unseren Bundesvorsitzenden Werner Faymann und das Team der SPÖ. Dass wir nach Loipersdorf das „fixe“ Budgetpaket wieder aufgeschnürt haben und der ÖVP noch mal 300 Millionen an Sozialleistungen abgeknöpft haben, beweist den richtigen Weg, den die SPÖ geht. Und es beweist, dass es Sinn macht zu kämpfen und die ÖVP zum Nachgeben zu zwingen. Auch weils ja so ist: Geht's den arbeitenden Menschen gut, geht's der Wirtschaft gut. Weiter so! Freundschaft!

E. Steingruber,
Mistelbach

Sehr geehrte Leserinnen und Leser! Wir freuen uns über Ihre Reaktionen! Ihre Leserbriefe bitte per Post an „SPÖ Aktuell“, Löwelstraße 18, 1010 Wien oder per mail an spoe.aktuell@spoe.at.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Theresa Aigner, Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Christian Novotny, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.solidarische-moderne.de

Deutschlands linke Denkfabrik

„Die Zeit ist reif für neue Ideen. Wir suchen nach ihnen“, heißt es in der Gründungserklärung des Instituts Solidarische Moderne (ISM). Die Organisation versteht sich als „intellektuelle Basis für die programmatische politische Alternative zum Neoliberalismus“. Die Initiatoren des Projekts, unter ihnen die SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti, geben die Schriftenreihe „Denkanstöße“ heraus, in der Persönlich-

keiten aus Politik, Wissenschaft und Medien sich ausführlich mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinandersetzen.

Angesichts der Proteste rund um den Castor-Transport möchten wir besonders den Text „Die Lobby-Republik“ von Marco Bülow empfehlen, in dem die Methoden der Einflussnahme von (Energie-)Konzernen auf die deutsche Politik beleuchtet werden. ◆





Auf dem Parlament ...

... wurde eine riesige Rote Schleife (Red Ribbon) auf der Fassade befestigt. Mit diesem Symbol der Solidarität mit HIV-Infizierten und AIDS-Kranken „setzen wir ein deutlich sichtbares Zeichen für Toleranz und gegen Ausgrenzung“, sagte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.



Im Hohen Haus ...

... zeichneten Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bildungsministerin Claudia Schmied Schülerinnen und Schüler aus Integrationsklassen für ihre gelungenen Redebeiträge zum Thema „Gemeinsam sind wir Klasse“ aus.

Im Sozialministerium ...

... eröffnete Sozialminister Rudolf Hundstorfer einen Weihnachtsmarkt, in dem 21 sozialökonomische Betriebe und Beschäftigungsprojekte ihre Produkte vorstellen und zum Verkauf anbieten.

